



NS-Doku-Zentrum soll endlich kommen



von Hermann Dierkes
Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

■ Eine große Mehrheit der Duisburger Kommunalpolitik will, dass der bereits vor über 4 Jahren gefasste Ratsbeschluss auf Errichtung eines Dokumentationszentrums Duisburg in der Nazizeit (Arbeitstitel) endlich verwirklicht wird.

In der Dezember-Ratssitzung ging die Kontroverse v. a. um die weitere Schrittfolge. Nach der ursprünglichen Konzeption von Prof. Rüter (Köln) sollte das Doku-Zentrum im Sitz der neuen Zentralbibliothek/VHS (Stadtfenster) untergebracht werden, der sich derzeit an der Steinschen Gasse im Bau befindet. Diese Absicht wurde

mit einem Antrag von Rot-Rot-Grün aufgegeben, weil die neue Immobilie aus Kostengründen eine Etage weniger bekommen wird.

Nach monatelangen Überlegungen und etlichen Fachgesprächen war bei Rot-Rot-Grün die Überzeugung gereift, dass die vorgesehenen 400 m² für das Doku-Zentrum die beiden Institute erheblich behindern würden. Die Verwaltung wurde gleichzeitig beauftragt, alsbald neue Standorte in der Innenstadt zu prüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Im Haushalt bzw. Haushaltssanierungsplan sind bereits investive Mittel veranschlagt. Denkbar ist prinzipiell eine Unterbringung im Stadthistorischen Museum, aber auch in anderen Immobilien, die zentral gelegen sind. Auch ein provisorischer Standort sollte ins Auge



Kein Platz für NS-Doku-Zentrum im Stadtfenster

gefasst werden, um den Start nicht weiter zu verzögern. Eine Abordnung der Linksfraktion hat sich am 30. Januar in der Oberhausener Gedenk-

halle (im Schloss) informiert. Das dortige Doku-Zentrum mit seiner multimedialen Ausstattung wurde 2010 eröffnet und gilt als beispielhaft.

Zuwanderung

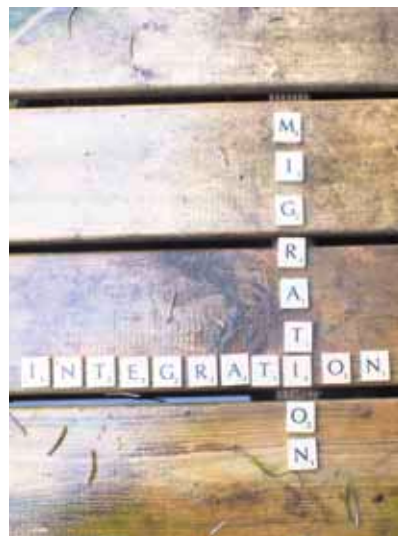
Es ist Zeit zu handeln



von Martina Ammann
Ratsfrau DIE LINKE.Duisburg

■ Mittlerweile leben über 6.200 Menschen aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien in unserer Stadt. Die Zugewanderten, darunter viele Kinder, sind überwiegend Armutsflüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge sind ausgegrenzte und benachteiligte Roma.

Unsere Ratsfraktion hat bereits 2010 die Initiative für das inzwischen vorliegende kommunale Handlungskonzept zur Integration der Neuzuwanderer ergriffen und die Debatte vorangetrieben. Der aktuell vorgelegte Sachstandsbericht der Stadt über seine Umsetzung bestätigt in vielen Bereichen die Richtigkeit unserer Forderungen nach medizinischer Versorgung, menschenwürdigen Wohnverhältnissen, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten für die Betroffenen. In den Gesprächen, die wir mit LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Wohlfahrts- und Jugendverbänden, Migrantenorganisationen und ExpertInnen im Gesundheitswesen geführt haben, wurde der dringende Handlungsbedarf zur Umsetzung des Verwaltungskonzepts deutlich. Vieles kann allerdings bisher kaum angepackt werden, weil die Finanzmittel



fehlen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, ihre Anstrengungen zu vermehren. Aber wir übersehen nicht die Grenzen einer überschuldeten Stadt.

Europäische Armutswanderungsbewegungen sind zum großen Teil verursacht durch die verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union und können nicht ohne ausreichende Hilfen von einzelnen Kommunen aufgefangen werden.

Anfang Februar 2013 befasste sich das Präsidium des Städtetags mit dem dringenden Handlungsbedarf zur Integration der Zuwanderer aus Südosteuropa. Der Duisburger Bürgermeister Erkan Kocalar (DIE LINKE) verwies nachdrücklich auf die Not der Kommunen. Er forderte die finanzielle Unterstützung des Bundes und der EU zur

Umsetzung der überfälligen Projekte in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Familienförderung.

Die zugewanderten Menschen aus Südosteuropa haben wie alle anderen ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Weiteres Abwarten bei

der Umsetzung der Integrationsprojekte spaltet die Stadtgesellschaft und schürt rassistische Tendenzen.

Weitere Informationen können einer Broschüre entnommen werden, die ab März in der Geschäftsstelle der Linksfraktion angefordert werden kann.

Das fordert DIE LINKE

Vom Bund und der EU fordern wir

- Finanzielle Unterstützung der Kommune durch Land, Bund und EU
- Unterstützung zum sog. „Eigenanteil“ der Kommune bei Projekten im Gesundheits-, Bildungs- und Beratungsbereich

Von der Verwaltung der Stadt Duisburg fordern wir

- Bekämpfung von rassistischen Tendenzen in Duisburg
- Umsetzung der Projekte des Handlungskonzeptes der Stadtverwaltung
- Informations- und Erfahrungsaustausch der Verwaltung mit Kommunen, Projekten und Verbänden, die über langjährige Erfahrungen mit der Integration von Menschen aus Südosteuropa verfügen (u.a. Köln und Göttingen)
- Sicherung und Ausbau der „Runden Tische“ in den Stadtteilen
- Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen zur Darstellung zur Geschichte und sozialen Lage der zugewanderten Menschen aus Südosteuropa
- Gesundheitsberatung für Familien
- Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und Impfschutz
- Vorbereitung und Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am Schulunterricht
- Verhinderung von von menschenunwürdigen und gesundheitsgefährdenden Wohnverhältnissen
- Beratungsangebote für Neuzuwanderer in den Bereichen Gesundheitsschutz, Bildungsangebote, Miet- und Arbeitsrecht
- Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche
- Beratungsangebote für Prostituierte

Linie 903: Straßenbahnen platzen aus allen Nähten



■ Fast täglich kommen Schüler und Berufspendler nicht rechtzeitig an, weil die Straßenbahn sie einfach stehen lässt. Die DVG hat nachgezählt. Ergebnis: vom 23.10.–22.11.12 konnten über 700 Fahrgäste wegen Überfüllung nicht mehr in die Linie 903 einsteigen. Im Dezember dann ein Schnellschuss der Rats-CDU: Sie wollte per Tischvorlage und ohne konkrete Finanzierung einen zusätzlichen Schnellbus für 240.000 € einführen. Diese Linie SB 41 soll laut DVG im 30-min-Takt von der Rhein-Ruhr-Halle über Hamborn Rathaus, Altmarkt, St.-Johannes-Hospital und IKEA über die A 59 von Montag bis Freitag in der Zeit von 6–9 Uhr und 13–18 Uhr zum Hbf fahren.

Vertreter von Grünen und LINKEN setzten sich mit der DVG zusammen und warben für ein eigenes, gemeinsam mit ProBahn erarbeitetes Konzept. Dies sieht vor, anstelle eines zusätzlichen Busses mit separaten Haltestellen den Takt der 903 auf 5 min zu verdichten. Dazu wäre lediglich ein neues Kehrgleis nördlich von Marxloh erforderlich. Die DVG konnte zwar rechnerisch von diesem Konzept überzeugt werden, aber eine fehlende Fahrzeugreserve hält davon ab. Die DVG favorisiert bis zur Anschaffung neuer Fahrzeuge in 2020 den SB. Jetzt wird von Rot-Rot-Grün nach einer Finanzierung gesucht. Bei der DVG sind mögliche Mehreinnahmen durch die Angebotsverbesserung ebenso wenig berücksichtigt worden wie Einnahmeverluste durch Fahrgäste, die wieder aufs Auto wechseln. Sie rechnet zudem mit einem Ganzjahreseinsatz der neuen Linie, dabei ist die Auslastung in den Ferien deutlich geringer. Ohne die Ferienfahrten ließen sich die Kosten wohl um knapp ¼ senken. Und der nächste Kapazitätsengpass ist schon absehbar: Wenn die Fachhochschule in Mülheim fertig ist, wird die DVG – Linie 901 der Hauptzubringer für die Studenten von den Bahnhöfen in Duisburg und Mülheim sein. *Herbert Fürmann*



5 Jahre nach dem Anteilsverkauf der Stadt

Wohin führt Sana das Klinikum an der Wedau?

von **Martina Ammann** und **Hermann Dierkes**

■ Die rot-rot-grüne Ratsmehrheit hat am 11.12.12 beschlossen, keine weiteren städtischen Gesellschafteranteile an den Krankenhaus-Konzern Sana zu veräußern. Damit ist die Kaufoption für Sana auf mindestens 2 % mehr definitiv erloschen. Das Angebot war – auch aus Sicht der Verwaltung – „nicht wirtschaftlich“. Die Verhandlungen zwischen Sana und dem Betriebsrat des Klinikums an der Wedau waren ebenfalls gescheitert. Die Linksfraktion hatte bereits 2007 den unter OB Sauerland betriebenen Anteilsverkauf von 49 % abgelehnt, die von der damaligen Ratsmehrheit (Schwarz-Grün) beschlossen wurde. Die seitherige Entwicklung gibt uns leider recht.

Sana bestimmt nach dem Managementvertrag von 2007 praktisch allein den Kurs der Geschäftsführung. Die Stadt hat – obwohl Mehrheitsgesellschafterin – auf die Option eines weiteren Geschäftsführers verzichtet. Wie sie – auch angesichts eines institutionell schwachen Aufsichtsrats – damit die öffentlichen Interessen wahrnehmen will, ist fraglich. In den Verhandlungen zwischen Sana und dem Betriebsrat (unterstützt durch Ver.di) über die mit einem weiteren Verkauf verbundenen Arbeitnehmerfragen wurde keine Einigung erzielt. Personalentwicklung, tarifliche Absicherung und Verbleib im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) blieben strittig. Über 800 der insgesamt rd. 2.000 Beschäftigten (in Klinikum, Bertha-Krankenhaus und Seniorenheimen) hätten massive Verschlechterungen hinnehmen müssen. Rd. 250 Beschäftigte aus den Bereichen Küche und Reinigung sollten in eine Service-Gesellschaft mit schlechteren Konditi-

onen ausgegliedert werden. Vorteil für Sana: rd. 12.000 Euro mtl. Personalkosteneinsparung. Labor, Apotheke usw. sollten fremdvergeben werden. Unklar blieb auch die Zukunft der zugehörigen Seniorenheime und des Bertha-Krankenhauses. Sana wollte allein durch konzerninterne Neuordnung 1,5–1,7 Mio. Euro jährlich an Mehrwertsteuer einsparen. Seit dem Einstieg von Sana hat die Geschäftsführung mehrmals gewechselt. Sie wurde jetzt auf 5 bzw. 6 Personen aufgebläht.

Falsche Entscheidungen wie die Nichtübernahme von 30 Auslernern im Pflegebereich in 2011, ähnliche Fehler danach und viele Leihkräfte bei Pflegern und Ärzten haben die Personalkosten enorm gesteigert. Pflegekräfte und Ärzte sind „Mangelware“ und die Leihfirmen lassen sich entsprechend bezahlen. Die Patientenzufriedenheit ist stark gesunken. Die LINKE hatte dies bereits im Rat thematisiert. Auch die im August 2013 fertigen Auslerner sind nach unseren Informationen bisher nicht angesprochen worden, um ihnen die Übernahme nach erfolgreichem Abschluss zuzusagen. Nun besteht wieder die Gefahr, dass sie sich anderswo – u.a. bei konkurrierenden Ketten wie Helios – um Jobs bemühen. Offenbar leidet das Klinikum auch unter Fehlentscheidungen im medizinischen Konzept. So ist die vormals starke Gynäkologie rückläufig. Wichtige Fachkräfte sind offenbar vergault worden. Das geplante „Bauch- und Adipositaszentrum“ lassen auf sich warten. Das vor drei Jahren gegründete MVZ (zur vermehrten Einweisung durch niedergelassene Ärzte) ist verlustreich, wie der Rat letztes Jahr erfahren musste. Insbesondere mit dem Argument hoher Investitionen (70 Mio. Euro und mehr) wollte Sana die Stadt zum Verkauf ködern. Doch obwohl Sana seit 2007 Investiti-

onsmittel für den in die Jahre gekommenen Bau gehabt hätte, erfolgten außer Renovierungen bisher keine realen Sanierungen. Überdies hat das Klinikum sich etliche Ordnungsverfügungen wegen mangelndem Brandschutz eingehandelt. Die Finanzierung von Baumaßnahmen erfolgt aus einem Cashpool des Konzerns. Die Konditionen scheinen dort aber schlechter zu sein als anderswo, insbesondere im Vergleich zur örtlichen Stadtparkasse. Die Ertragslage hat sich dramatisch verschlechtert. Früher ist ein jährlicher Überschuss von 6–7 Mio. € erwirtschaftet worden. Jetzt landet man wohl bei 100–150.000 €. Insider befürchten, Sana sauge das Haus leer. Welche Konsequenzen hat das für die städtische Dividende, die im Haushalt dringend gebraucht wird?

Ähnliche schlechte Entwicklungen zeigen sich übrigens auch beim Sana-Engagement anderswo: Der Neubau in Düsseldorf läuft offenbar nicht gut, Remscheid, Hameln und Lübeck sollen ebenfalls Probleme machen. Das ist wohl auch das Ergebnis der Sana-Konzernstrategie: Mit massiven Zukäufen wurden strukturelle Schwäche verdeckt. Dass „privat“ besser sei als „öffentlich“ ist auch in diesem Fall widerlegt worden.

Impressum

Herausgeberin
DIE LINKE Ratsfraktion Duisburg,
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 0203 / 9 30 86 93
Fax: 0203 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

V.i.S.d.P.: Thomas Keuer, Mitglied des
Fraktionsvorstandes (Anschrift wie
Herausgeberin)

Auflage
20.000

Satz
Mediendepot Ruhr, Duisburg

Druck
BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin

Sozialbericht 2012

Broschüre der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg liegt vor

■ Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt den 4. Sozialbericht, den die Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Planung e.V. in Bremen im Auftrag der Stadt Duisburg erstellt hat. In unserer Broschüre „Sozialbericht 2012“ tragen wir seine wesentlichen Ergebnisse zusammen und kommentieren diese. Strukturelle Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung, Sozialnot und Kinderarmut bleiben leider das gravierendste Problem unserer Stadt. Das anhaltend düstere Bild bestätigt trotz einiger wichtiger Fortschritte und Initiativen unsere Kritik und unsere Vorstöße im Rat und in den Bezirksvertretungen. Die Aussagen und Handlungsempfehlungen im 4. Sozialbericht müssen ernst genommen werden. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen. Im zurückliegenden Jahr bestand ein Großteil unserer Aktivitäten darin, unsere sozialpolitischen Vorstellungen in den seit Ende 2011 vorgeschriebenen Haushaltssanierungsplan einzubringen. Wir haben uns im Rahmen der Rathauskooperation von Rot-Rot-Grün mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die sog. „Sozialschweineereien“ auf Kosten der

Schwächsten in der Gesellschaft – den Kindern und Jugendlichen – verhindert bzw. deutlich ausgebremst werden konnten. Dennoch: Die kommunale Ebene allein kann die Probleme nicht mehr lösen. Vor allem in der Bundespolitik brauchen wir eine nachhaltige Kurswende.

Es wird auch in Zukunft darum gehen, Armut und Chancenlosigkeit zu bekämpfen. Die prekären Lebenslagen in etlichen Duisburger Stadtteilen müssen verbessert werden, die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien ist zu sichern, Kita- und Kindergartenplätze sind auszubauen, die Bildungschancen sind zu erhöhen und die Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sind soweit wie möglich zu sichern und gerade auch für benachteiligte Familien erschwinglich zu halten bzw. zu machen. Wie sozial, gerecht und demokratisch eine Stadtgesellschaft ist, hat unmittelbare Auswirkungen auf das Leben von Familien, Alleinerziehenden und die künftige Generation. Armutsbekämpfung ist eine Investition in die Zukunft junger Menschen – sie trägt dazu bei, sie positiv zu orientieren,

Frustration zu überwinden, Rassismus und Rechtsradikalismus zu bekämpfen. Alle jungen Menschen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben und auf gesellschaftliche Teilhabe.



Sozialbericht 2012

Eine Kurzfassung und kritische Auswertung

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Die Broschüre ist in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg, Gravelottestr. 28, kostenlos erhältlich.

Wir bleiben dabei: Haushaltsausgleich ohne Sozialschweineereien erreichen

von Hermann Dierkes

■ Im Juni letzten Jahres hatte die rot-rot-grüne Ratsmehrheit zeitgleich den Etat für 2012 und erstmals einen Haushaltssanierungsplan (HSP) verabschiedet, mit dem das aktuelle Defizit von rd. 118 Mio. Euro schrittweise abgebaut und der jährliche Haushaltsausgleich bis 2016 erreicht werden soll. Die beiden Pläne waren von der Bezirksregierung im vergangenen September genehmigt worden. Für Duisburg – als eine der 34 überschuldeten NRW-Kommunen, die verpflichtet sind, Sanierungspläne aufzustellen – eine neue Erfahrung. Ein Haushaltsausgleich ist nur deshalb in Sicht, weil die Stadt neben eigenen – vermehrten – Anstrengungen im Gegenzug seit Ende 2011 jährliche Landeshilfen in Höhe von über 50 Mio. Euro erhält. Der HSP ist strenger als die bisherigen Haushaltssicherungskonzepte, aber die betroffenen Kommunen können Spielräume bei der Ausgestaltung des HSP nutzen. So auch in Duisburg, wo zwar eine ganze Reihe weiterer Kürzungen und Streichungen beschlossen wurden; aber keine Sozialschweineereien, wie eine massive Anhebung von Kindergartenbeiträgen, der Kahlschlag bei den sog. freiwilligen Leistungen usw. Der Stellenabbau in der Verwaltung unserer schrumpfenden



„nem nackten Mann in die Tasche greifen? Nein, danke!“

Stadt wird ohne betriebsbedingte Kündigungen vorgenommen, Gremien werden verkleinert, kostspielige Ausgliederungen rückgängig gemacht. Auf der Einnahmeseite wird in mehreren Stufen die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B angehoben.

In einem beschleunigten Verfahren will die rot-rot-grüne Ratsmehrheit nun den am 21.1. von der Verwaltung dem Rat vorgelegten Haushaltsentwurf 2013 beraten und bereits am 18. März verabschieden. Teil der

Beratungen ist auch die Aktualisierung der Eckpunkte des HSP bis 2016 bzw. 2021, zu dem die Stadt gesetzlich verpflichtet ist. Die aktuellen Entwicklungen seit der Verabschiedung des HSP 2012 haben trotz geringerer Zinslast unter dem Strich Verschlechterungen von rd. 5,3 Mio. Euro allein für 2013 erbracht, die kompensiert werden müssen. Das zusätzliche Defizit resultiert aus v.a. Positionen, die die Bezirksregierung in ihrer Haushaltsverfügung abgelehnt hat; aus verringerten Schlüsselzuweisungen, weil Duisburg mehr Gewerbesteuern einnimmt; aus dem gänzlichen Verzicht auf die sog. „Bettensteuer“, die gerichtlich zerfleddert wurde; aus erhöhten Brandschutzausgaben; aus Mehrausgaben für den Ausbau der U3-Kapazitäten sowie für Trainees und Auszubildende. Die Kooperation aus SPD/DIE LINKE/Grüne hat sich darauf verständigt, zum Ausgleich nicht auf die von ihr 2012 abgelehnten Verwaltungsvorschläge zurückzugreifen, weil sie sozial ungerecht wären. Stattdessen wird v.a. darauf orientiert, noch einmal die Einnahmeseite zu verbessern. Dazu soll v.a. die bereits beschlossene weitere Erhöhung der Grundsteuer B vorgezogen werden. Die Vergnügungssteuer ist bereits laut Ratsbeschluss vom Dezember 2012 angehoben worden.

Sozialbericht 2012 Daten und Fakten

■ Schulden

Der Schuldenatlas weist Duisburg als die Großstadt mit den meisten überschuldeten Haushalten aus. Über 60.000 Erwachsene sind überschuldet, d.h. sie können ihre Verbindlichkeiten nicht mehr mit ihrem Einkommen tilgen. Mehr als ein Viertel aller Schuldnerinnen und Schuldner sind jünger als 30 Jahre alt, Tendenz steigend, insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen.

■ Gesundheit

Feinstaub ist eine der großen Umweltbelastungen. Verursacher sind Industrie und Verkehr. Grenzwertüberschreitungen führen zu Gesundheitsrisiken. Dieser Umweltbelastung sind die Duisburger EinwohnerInnen regional höchst unterschiedlich ausgesetzt. Gesamtstädtisch ist jedes vierte Duisburger Kind grenzwertüberschreitenden Feinstaubbelastungen ausgesetzt. In den Ortsteilen Fahrn, Mittelmeiderich, Bruckhausen, Neuenkamp Kaßlerfeld und Beckerwerth ist nahezu jedes Kind dieser Gesundheitsgefährdung ausgesetzt.

■ Ernährung

Geschätzt wird, dass 25% der Schülerinnen und Schüler nicht an der Warmverpflegung in den Schulen teilnehmen und ihren Schulalltag ohne ausreichenden Imbiss verbringen. Es wird davon ausgegangen, dass nach Einstellung der Landesförderung für „Kein Kind ohne Mahlzeit“, dieser Anteil noch weiter steigen ist. Ca. 600 – 800 Frühstücksteile werden täglich von der Einrichtung *Immersatt* an Schulen verteilt und weitere 160 warme Mittagessen ausgegeben. Die Nachfrage ist jedoch deutlich höher als die Kapazitäten.

■ Soziale Kontakte

Kinder, die von Armut betroffen sind und „nicht mithalten“ können, grenzen sich häufig selbst aus. Sie wollen sich keiner peinlichen Situation aussetzen, wenn sie keine Geschenke zum Geburtstag oder anderen Gelegenheiten mitbringen können. Kulturelle Veranstaltungen und viele Freizeitaktivitäten wie organisierte Ferienfreizeiten können nicht wahrgenommen werden, weil sie Teilnahmegebühren, Eintrittspreise oder/und Fahrtkosten nicht aufbringen können. Trotz Vergünstigungen durch die Familienkarte und der Ferienpass bleiben die Angebote für viele Familien unerschwinglich.

Bitte aussteigen?

Straßenbahnverbindung Duisburg – Düsseldorf in Not



von Herbert Fürmann
Für DIE LINKE Mitglied im Ausschuss
für Stadtplanung und Verkehr

■ Wer kennt sie nicht, die direkte Verbindung mit der Landeshauptstadt über die U 79? Seit dem August 1900 verbindet sie als D-Bahn Duisburg und Düsseldorf, bereits seit 1920 auf eigenem Gleiskörper. Es erfolgten ein stetiger Ausbau und Modernisierungen. Jahrzehntlang hatte sie sogar einen Speisewagen. Im Zuge des U-Bahn-Wahns wurde auch die D-Bahn eingegraben, zunächst in Düsseldorf und später auch in der Duisburger City.

Eine verkehrliche und finanzielle Zeitbombe: Die U-Bahn kommt in die Jahre, und damit auch die Steuerungstechnik im Tunnel. Düsseldorf steht heute vor dem Problem, Duisburg demnächst, denn bei uns wurde der erste Tunnel erst 1992 eröffnet. Ab 2015 gibt es keine Ersatzteile mehr für die alte Technik. Die Rheinbahn muss in diesem Sommer öffentlich

ausschreiben. Wenn Duisburg hier nicht mitzieht, ist aber kein gemeinsamer Betrieb der Linie mehr möglich. Dann müssten schlimmstenfalls die Fahrgäste am Froschenteich oder Kesselsberg aussteigen, den Bahnsteig wechseln und in Fahrzeuge des jeweils anderen Betreibers wieder einsteigen. Tausende sind täglich v.a. als Schul- und Berufspendler auf die Bahn angewiesen. 65.000 Fahrgäste sind täglich insgesamt auf der Strecke unterwegs.

Nun sieht es aber so aus, dass das neue Zugleitsystem doch gemeinsam ausgeschrieben werden kann. Bei einer späteren separaten Ausschreibung hätte die DVG auch ziemlich schlechte Karten. Man wäre auf den Anbieter angewiesen, den die Rheinbahn zuvor ausgewählt hatte. Und der könnte dann den Preis nahezu beliebig festlegen.

Geplant ist, zunächst die neue stationäre Technik in den Tunnelstrecken einzurichten und parallel mit der bisherigen weiter zu betreiben.



Danach soll Zug um Zug der Fuhrpark mit der neuen Steuerung ausgestattet werden. Erforderlich ist auch die Umrüstung der Fahrzeuge der Linien 901 und 903, denn sie befahren die gleichen Tunnelstrecken. Durch die frühere Ausschreibung fallen jetzt für alle Duisburger Tunnel Kosten von 35 Mio. € an. Die komplette Finanzierung des Projekts aus eigenen Mitteln sei

für Düsseldorf (hier: 60 Mio. €) „überhaupt nur mit erheblichen Einschnitten sicherzustellen, während für die Stadt Duisburg und die DVG aufgrund der Haushaltssituation eine Finanzierung sogar ernsthaft gefährdet ist“, heißt es in dem Brief beider Städte an NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD). Doch Zuschüsse gibt es bisher nur für den Neubau ...

Ein wichtiger Schritt für Kinder und Eltern in Duisburg: Einführung der Sekundarschule

Duisburg`da yasayan cocuklar ve veliler icin önemli bir adım Ortaöğretim okullarının devreye geçmesi



von Barbara Laakmann
Ratsfrau DIE LINKE Duisburg

■ Im Sommer 2014 sollen in Hamborn und im Duisburger Süden Sekundarschulen eingerichtet werden. Dies ist eine neue Schulform, die es in Duisburg noch nicht gibt. Nachdem an den Hauptschulen gar keine Kinder mehr angemeldet werden – sie somit auslaufen müssen – und an den Realschulen die Anmeldezahlen zurück gehen, muss neu gedacht werden, wie ein gutes Angebot für alle Kinder beschaffen sein muss.

Die Sekundarschule bietet für alle Kinder vom 5. bis zum 10. Schuljahr eine breite Palette von schulischen Möglichkeiten. Sie arbeitet von Anfang an mit Kooperationspartnern zusammen, an denen die Jugendlichen nach der 10. Klasse weitere Qualifizierung erreichen können, auch das Abitur.

Gründliche und umfassende Information erfahren die Eltern an den Grundschulen. Dazu gehört auch eine Befragung der Eltern, deren Kinder im Juni 2013 die 2. oder 3. Klasse der Grundschule besuchen. Dabei werden die Eltern neben Statistikangaben auch danach gefragt werden, welche Schulform sie für ihr Kind nach dem Ende der 4. Klasse wählen möchten.

Diese Elternbefragung hat für die Einrichtung der neuen Schulen eine große Bedeutung.

Daher bitten wir die Eltern:

- Nehmen Sie die Angebote wahr, wenn die Grundschule Ihres Kindes eine Information zur Sekundarschule anbietet!
- Gehen Sie zur Elternversammlung!
- Stellen Sie dort oder in einem Einzelgespräch mit der Lehrerin alle Fragen, die Sie haben!
- Beantworten Sie den Fragebogen!

2014`dün yaz aylarında Hamborn`da ve Duisburg`un güneyinde ortaöğretim okulları devreye geçecek. Bu bir yeni okul sistemi olarak, Duisburg`da ilk kez görülmektedir.

„Hauptschule“ denilen okullarda öğrenci kagidi olmadığından ve böylelikle bu okulların kapatılması nedeniyle, ayrıca ortaokullarada (Realschule) öğrenci kagitlerinin azalmasıyla, birlikte, yeni bir okul sistemi bulunması gereklidir. Çünkü ancak böylelikle tüm çocukların öğrenimi için iyi bir öneri sunula biliniyordu.

Ortaöğretim okulları öğrencilere 5. sınıftan 10. sınıfa kadar çok düzeyde imkanlar tanıyor. Bu okul sistemi içerisinde öğrenciler 10 sınıftan sonra da işbirliği içerisinde eğitimlerinde destek alabiliyorlar, hatta lise mezun-

iyetini elde edebiliyorlar. Veliler geniş ve ayrıntılı bilgileri ilkokullardan alabilirler. Bunun için veliler, yaz 2013 okul döneminde 2. ve 3. sınıfa giden çocuklarının ilkokullarında bir anket katılmaları gerekli. Bu anket esnasında, istatistik bilgilerden haric, çocuklarının 4. sınıftan sonra hangi okul türüne devam edeceği sorusu da sorulacak. Bu veli anketin, yeni okulun kurulmasında önemli bir desteği olacak.

Onun için velilerden söyle bir ricada bulunuyoruz:

- *Cocugunuzun ilkokulu size teklifte buldukları ortaöğretim bilgileri dinlerken katılıyor musunuz?*
- *Veli toplantılarına katılıyor musunuz?*
- *Öyle toplantılarda veya öğretilerle birebir konuşmalarda tüm sorularınızı soruyor musunuz?*
- *Anketi cevaplıyor musunuz?*

Wir drucken Ihnen hier die Fragen ab, die so oder ähnlich gestellt werden:

Asagdaki bulunan sorulari veya bunlara benzer sorular, size sorulabilir:

Zum Schuljahr 2014/15 ist in Hamborn mit der Sekundarschule Hamborn I und Hamborn II die Einrichtung zweier Sekundarschulen geplant. Würden Sie ihr Kind an einer dieser Schulen anmelden?

2014/2015 okul döneminde Hamborn`da iki ortaöğretim okulu Hamborn I ve Hamborn II devreye geçmesi planlanıyor. Cocugunuzun bu okullardan birine kagidini yapar misiniz?

Zum Schuljahr 2014/15 ist im Bezirk Süd die Einrichtung einer Sekundarschule geplant. Würden Sie ihr Kind dort anmelden?

2014/2015 okul döneminde Duisburg`un güney semtinde ortaöğretim okulları planlanıyor. Cocugunuzun bu okullardan birine kagidini yapar misiniz?

ganz bestimmt	kesinlikle evet
eher ja	evet
eher nein	hayir
bestimmt nicht	kesinlikle hayir

Wenn es keine Sekundarschule in Duisburg geben sollte, an welcher weiterführenden Schulform würde Sie Ihr Kind anmelden? (Bitte nur eine Antwort ankreuzen!)
Duisburg`da ortaöğretim okulları olmasaydı, hangi okula cocugunuzu kagit ederdingiz? (lütfen tek bir cevabi isaretleyiniz)

Gymnasium	Lise
Gesamtschule	Kapsamli Okul
Realschule	Ortaokul
Hauptschule	Ilk öğretim Okullari
weiß ich noch nicht	daha bilmiyorum